



## GSoA initiativ

### Vorwärts auf dem Weg der Armeeabschaffung

**Der Weg zu einer Schweiz ohne Armee ist lang. Wichtig sind aber auch auf langen Märschen die einzelnen Schritte. Mit Entwürfen für zwei neue Initiativen will die Arbeitsgruppe GSoA-II die nächste Etappe auf dem Weg einläuten.**

Roland Brunner\*

Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA steht vor ihrer nächsten Vollversammlung – und vor den nächsten Initiativprojekten. Am 31. März wird die traditionellerweise in Solothurn stattfindende GSoA-VV über einen Antrag der "Arbeitsgruppe GSoA-II" diskutieren und befinden können, der Entwürfe für zwei neue Volksinitiativen auf den Tisch legt.

#### Sicherheit statt Verteidigung

Klar war den Beteiligten von Anfang an, dass es bei der Diskussion um eine neue Initiative nicht um die Neuaufgabe der alten Vorlage gehen kann. Der unerwartete Grosse Erfolg vom November 1989 lässt sich nicht wiederholen. War die Diskussion damals noch geprägt vom Denken des Kalten Krieges und des Sonderfalls I, so hat sich inzwischen auf der Welt, in der Schweiz, bei der Armee

und innerhalb der GSoA doch einiges verändert.

Die Schweizer Armee hat mit ihrer Armeereform '95 versucht, ihren Apparat unter äusserem Druck so zu reformieren, dass sie modernisiert und "mit mehr Muskeln" dem Jungbrunnen entsteige. Gleichzeitig taumelt sie auf ihrer Suche nach Legitimation bei der Bevölkerung hin und her zwischen Konzepten der bewaffneten Verteidigung der Igelmentalität und Projekten der Beteiligung an der Nato-Partnerschaft für Frieden PfP. Offensichtlich ist dabei, dass die Schweiz wie andere Länder versucht, ihre nationale Armee im Rahmen internationaler Organisationen als Friedensstruppe zu legitimieren. Nicht mehr Kriegssoldaten, sondern Friedensengel werden da zwangsausgehoben und zutodegedrillt.

Einher mit diesem Versuch zur Neulegitimierung der Armee geht die Militarisierung des Sicherheitsbegriffs. Zivile Aspekte der Bedrohung durch Umweltzerstörung und Sozialabbau und zivile Antworten auf militärische Sicherheitsfragen werden aus der Sicherheitsdiskussion ausgegrenzt. Die friedenspolitischen Stimmen drohen im Schmettern der Militärmusik unterzugehen. Eine neue GSoA-Initiative soll sich

dieser Herausforderung stellen: friedenspolitische Antworten in den sicherheitspolitischen Diskurs einzubringen. Es gilt aufzuzeigen, dass die heutigen Bedrohungen nicht militärisch abgesichert werden können, sondern dass das Militär zu geringen Schutz bei zu hohen sozialen und finanziellen Kosten bietet.

Die europäische Integration und der Zerfall des Ostblocks haben die Gefahr zwischenstaatlicher Kriege in Europa weiter verringert. Kaum noch jemand – nicht einmal hohe Militärs – glaubt an den BöFei, einen bösen roten Feind aus dem Osten. Die Kriege wurden aber nicht weniger, nur andere. Innerstaatliche Konflikte in zerfallenden multiethnischen Staaten wie Jugoslawien und der Sowjetunion/Russland prägen heute das Bild und das Bewusstsein. Auf diese neuen Herausforderungen gilt es, neue Antworten zu finden.

Auch auf europäischer Ebene soll sich die politische Integration gegen die militärische durchsetzen. Der Aufbau europäischer Streitkräfte wird heute vorangetrieben, ohne dass dazu eine europäische Verfassungsgrundlage besteht und ohne dass die BürgerInnen Europas dazu befragt worden wären. Die "Festung Europa" lässt sich aber nicht mit Gewalt und Militär als reiche Wohl-

standsinsel gegen das Meer der Armut absichern. Die sozialen und politischen Probleme Europas können nur gelöst werden, wenn das Umfeld stabilisiert wird. Kooperation ist angesagt, nicht Abwehr. Die militaristische Orientierung internationaler Politik entzieht den Gesellschaften die notwendigen Ressourcen, um die anstehenden sozialen Probleme zu lösen. Die trotz "Friedensdividende" immer noch horrenden Rüstungsausgaben fehlen bei nötigen zivilen Investitionen im Bereich Ausbildung, Alters- und Gesundheitsvorsorge, Arbeitsplatzsicherheit usw.



Eine Initiative zur Umorientierung der Politik von Verteidigung auf Sicherheit durch die Abschaffung der Armee soll europaweit ausstrahlen und die Friedenskräfte einladen, ihre demokratischen Rechte

gegen das Militär einzufordern. Eine europäische Verfassungskampagne könnte sich, so die Hoffnungen der "Arbeitsgruppe GSoA-II", im Widerstand gegen die Militarisierung der Politik und den Aufbau einer

## Entwürfe für zwei neue GSoA-Initiativen

### Sicherheit statt Verteidigung

#### Die Schweiz ersetzt die bewaffnete Landesverteidigung durch einen Beitrag zur internationalen Sicherheitspolitik.

1. Die Schweiz hat keine Armee.
2. Freiwerdende Mittel werden für zivile Friedenssicherung im In- und Ausland eingesetzt.
3. Die Schweiz engagiert sich namentlich für die Förderung von Demokratie, die Einhaltung der Menschenrechte, die sozialen, ökologischen und politischen Grundlagen von Frieden, für Gerechtigkeit und beim Ausbau ziviler Konfliktlösungsmechanismen.
4. Sicherheit und Frieden müssen massgeblich durch breit abgestützte Zusammenarbeit zwischen den Staaten hergestellt werden. Der Bund leistet dazu einen Beitrag mit unbewaffneten Freiwilligen-Einheiten. Das Gesetz kann im Rahmen internationaler Friedensbemühungen das Aufstellen und den Einsatz bewaffneter Einheiten bis maximal 800 Freiwilligen für friedenserhaltende Einsätze vorsehen. Die entsprechenden finanziellen Mittel für Ausbildung und Ausrüstung stellt der Bund zur Verfügung. Auf eine möglichst hohe Beteiligung weiblicher Freiwilliger ist dabei zu achten.

### Solidarität schafft Sicherheit: Für einen Schweizer Friedensdienst

Artikel 8bis (neu)

#### Der Bund schafft zur Erhöhung der sozialen und ökologischen Sicherheit im Inland und als Beiträge zur internationalen Sicherheitspolitik ein Korps eines freiwilligen Friedensdienstes.

- a) Im Inland kann der Friedensdienst im Auftrag von Bund, Kanton und Gemeinden oder auf Anfrage von Dritten in gemeinschaftsrelevanten Bereichen eingesetzt werden.
- b) Im Ausland erfolgt ein Einsatz in den Bereichen Wahlbeobachtung, Menschenrechtsarbeit, Personenschutz und sozialer Wiederaufbau im Bereich ziviler Projekte. Der Schweizer Friedensdienst kommt zum gewaltfreien Einsatz auf Anfrage und unter Zustimmung der involvierten staatlichen Strukturen. Als Nicht-Konfliktpartei bleibt er unabhängig und unparteilich. Er arbeitet dabei zusammen mit den entsprechenden Strukturen anderer Länder.
  - 1) Der Bund bildet unter Einbezug von friedens-, entwicklungspolitischen und kirchlichen Kreisen ein Entscheidorgan, das über den Einsatz des Friedensdienstes befindet. Die Einsätze erfolgen im Rahmen gemeinnütziger Organisationen oder des Bundes.
  - 2) Die Mitarbeit im Schweizer Friedensdienst ist freiwillig. Er steht Männern und Frauen aller Altersgruppen offen. Solange in der Schweiz gemäss Artikel 18 der Bundesverfassung eine Wehrpflicht besteht, werden die Freiwilligen des Schweizer Friedensdienstes von dieser befreit.
  - 3) Der Bund gewährleistet die Ausbildung der Friedensdienstleistenden. Die Ausbildung erfolgt basierend auf beruflichen Qualifikation und entsprechen dem Bedarf.
  - 4) Der Erwerbsausfall der Dienstleistenden wird ausgeglichen. Friedensdienst gilt als bezahlte Arbeitsabwesenheit. Trägerorganisationen können zu einer Kostenbeteiligung beigezogen werden.

europäische Armee vorbei am Willen und der Entscheidung der BürgerInnen herausbilden.

### Eine neue Chance

Bei der Abstimmung über die erste Armeeausschaffungsinitiative am 25./26. November 1989 hat die GSoA den über eine Million Ja-Stimmenden versprochen, dass die Schweiz noch in diesem Jahrtausend eine weitere Chance erhalten soll, über Sinn und Unsinn bewaffneter Igelmentalität und militärischer Sicherheitsvorstellungen nachzudenken. An der Vollversammlung vom 2. Juli 1995 wurde deutlich ein Antrag gutgeheissen, der die Vorbereitung einer neuen Armeeausschaffungsinitiative forderte. Die "Arbeitsgruppe GSoA-II", die sich daraufhin bildete, traf sich monatlich zur inhaltlichen Vorbereitung. Themen waren vor allem die veränderte Welt- und Sicherheitslage, die Perspektiven militärischer und ziviler Interventionen, die Möglichkeiten gewaltfreier Konfliktlösung und die Tendenzen zur Integration der Schweiz in internationale Militärbündnisse. Im Januar entstanden aus diesen Hintergrunddiskussionen die konkreten Initiativideen (siehe Kasten).

Ausgangspunkt der Überlegungen war die Relativierung der Nationalstaaten bzw. die Bedeutung internationaler und supranationaler Integration und die dadurch entstandene weitere Infragestellung aller Konzepte nationalstaatlicher Verteidigung. Eine Schweizer Armee hat heute schlichtweg keinen Feind mehr. Gefordert sind globale Sicherheitskonzepte. Die Schweiz soll dazu ihren solidarischen Beitrag leisten, dort wo internationale Sicherheitspolitik am schwächsten und Schweizer Politik am stärksten ist: im zivilen Bereich. Dem Weltfrieden mangelt es nicht an Soldaten, sondern an zivilen Konzepten der Konfliktfrüherkennung, -vorbeugung und -bearbeitung. Während die Ausgaben für militärisches Peacekeeping in den letzten Jahren explodiert sind, bleiben die Ausgaben im zivilen Bereich weit dahinter zurück. Die Schweiz hat mit ihrer Erfahrung im Bereich der Guten Dienste, des Roten Kreuzes, mit dem Präsidium der OSZE und der Ver-

## Nicht einmal eine Karikatur

**Leserbrief zum Beitrag "Liebe SPS, ich gratuliere Dir zu Deinem grossartigen Erfolg" von Christoph Lips, in: MOMA 12-95/1-96**

In seinem Beitrag zum Wahlerfolg der SPS unterschiebt mir Christoph Lips die Position: "Was man zu Europa sage, sei völlig wurscht." Dieses Zitat ist nicht einmal eine Karikatur von irgendeiner Aussage. Als Mitglied von eurotopia ist mir nicht nur wichtig, was mann und frau zu Europa sagt, sondern auch, dass sie für einen demokratischen, sozialen und ökologischen Integrationsprozess etwas tun – und zwar möglichst grenzübergreifend. (Siehe dazu meinen Bericht über das eurotopia-Treffen in der BRESCHIE Nr. 7/8-94.) Das von mir moderierte Podium am 4. Zuger Symposium vom 9. April 1995 hatte Europa zum Thema. Die Plattform der Sozialistisch-Grünen Alternative SGA in Zug für die Nationalratswahlen unterstützt die "Ja-zu-Europa"-Initiative, welche EU-Beitrittsverhandlungen fordert.

Allerdings gestehe ich ein, dass ich den EWR weiterhin für ein demokratiepolitisches Unding halte. In einem Punkt gebe ich Christoph recht: Es war mutig und sinnvoll, dass die Zürcher SP gegen Blocher eine Kundgebung organisiert hat. Deshalb hat die SGA dazu aufgerufen und habe ich mich als Redner zur Verfügung gestellt – trotz anfänglichen Kritiken aus grünen, alternativen und selbst sozialdemokratischen Kreisen. Ob die SP (nicht zuletzt aufgrund ihres Wahlerfolges) eine solche Mobilisierungs- und Aktivierungspolitik auch auf anderen Fragen fortzusetzen gedenkt, wird die Zukunft weisen. Sollte sie es tun, verdient sie eine aktivere Unterstützung durch die "Nicht-SP-Linke" als im letzten Spätsommer.

*Josef Lang, Zug*

## Zeichen und Wunder

**Leserbrief zum Beitrag "Liebe SPS, ich gratuliere Dir zu Deinem grossartigen Erfolg" von Christoph Lips, in: MOMA 12-95/1-96**

Christoph Lips behauptet, ich hätte im MOMA 11-95 zu unrecht suggeriert, «dass die Linke trotz Stimmenzuwachs der SPS schwächer sei als in den 70er Jahren». Das ist selbstverständlich «Unsinn». An den von Christoph inkriminierten Stellen habe ich lediglich behauptet, die Sozialdemokratische Partei habe ihre Stimmenanteile aus den 70er Jahren noch nicht wieder erreicht. Von «der Linken» habe ich an keiner Stelle gesprochen, und davon, dass irgendjemand «schwächer» geworden sei, auch nicht. Die entsprechenden Zahlen für die SP bei Nationalratswahlen lauten: 1971: 22,9%; 1975: 24,9%; 1979: 24,6%; 1983: 21,0%; 1987: 18,4%; 1991: 18,5%; 1995: 21,8%. Zum Vergleich: Blochers Zürcher SVP hat ihren Wähleranteil bei NR-Wahlen im Kanton Zürich in den beiden vergangenen Jahrzehnten von 11,3% auf 25,5% gesteigert, in der Stadt Zürich von 3,9% auf 18,9%.

Ich bin kein Prozentzahlen-Fetischist. Lieber freue ich mich mit Christoph über das relativ gute Abschneiden der SP. Ich sehe es allerdings nicht als Hauptaufgabe des MOMA an, deren

angeblichen «historischen Sieg» (etc., z.B. im «Facts», 21.12.95) zu bejubeln. Mich interessiert mehr, welche Bevölkerungsgruppen sich aus welchen Gründen um welche Ideologien gruppieren. Es bestehen Gründe zur Annahme, dass die SP einen rapiden sozialen Wandel durchgemacht hat, dass sie nicht mehr die Partei der Unterschichten ist, sondern eher diejenige des einigermaßen solidarisch denkenden Teils der besser Ausgebildeten mit gutem Einkommen. Ich halte es nun allerdings nicht für unsinnig, sich zu überlegen, welche Gründe dies hat und welche Folgen das noch haben könnte. Sag mir nicht, da gebe es keine Defizite – in- und ausserhalb der SP. Demgegenüber finde ich es relativ kindisch, die politische Auseinandersetzung aufs Comic-Niveau zu reduzieren: Die «Riesendemo» habe Blochers «Image vom Unbesiegbaren ramponiert», sagst Du. Und die 9% der Stimmberechtigten, welche die SP an die Urne mobilisieren konnte, seien ein Erfolg für «eine internationalistische Politik» ... Es geschehen noch Zeichen und Wunder!

*Hans Hartmann*

## Bingo!

Casinos sind in der Schweiz seit März 1993 nicht mehr verboten. Weltweit werden Glücksspiele legalisiert. Das Spiel mit dem Geld soll zum Ersatzeinkommen avancieren. Der Bundesrat und danach eine grosse Mehrheit der StimmbürgerInnen hoffen auf die Erträge von neuen Spielcasinos, um die Finanzierung der AHV zu verbessern. 150 Millionen Franken jährlich versprach die Abstimmungsbotschaft. Lotterien sollen Staatsaufgaben finanzieren. Der Berner Nationalrat François Loeb will mit einer Mittwochslotterie die Neat finanzieren. Nach dem Motto "viele zahlen und hoffen, einige gewinnen", wird eine neue staatliche Politik eingeleitet.

Der Spieltrieb soll auch Engagement und Solidarität ablösen. Einige Hilfswerke und Umweltorganisationen, durch die Entsolidarisierung und den Rückgang von freiwilligen Zuwendungen aufgeschreckt, werben in die gleiche Richtung und planen eine zusätzliche Lotterie, um das zu bezahlen, was die staatliche Gemeinschaft nicht oder nicht mehr finanzieren will und trotzdem unerlässlich ist für die Sicherstellung eines Mindestmasses an Gemeinwohl.

Die Nutzniesser der bisherigen Politik, die verschiedenen Landes- und kantonalen Lotterien, befürchten eine Abschöpfung der Erträge zur Last der traditionellen Ausschüttung der Gewinne an Gemeinden, Kantone und gemeinnützige Institutionen. Es ist nämlich gar nicht neu, dass man aus der Sehnsucht nach dem grossen Geld versucht, Aufgaben zu finanzieren, für welche die Gemeinschaft nicht bereit war, die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Kantone schöpfen regelmässig aus dem Lotterietopf, um einen Teil der Entwicklungszusammenarbeit zu bezahlen. Frauenhäuser, allerlei Sozialprojekte, Kulturinstitutionen hätten kaum Lebenschancen gehabt ohne den

Griff der Behörden in die Lotterieschatulle.

Diese Politik hat im Zeitalter des Wettbewerbs die Deregulierer auf den Plan gerufen. Vor allem hat die Abschaffung des Casino-Verbotes Behörden und Private gierig werden lassen. Sie wollen mehr. Sie wollen vor allem die Leute zum Spielen bringen. Und absahnen. Sie erzählen zwar etwas von Sozialklauseln und von Suchtprophylaxe, ihre diesbezüglichen Pläne sind aber sehr vage. Für sie scheint die Profitmaximierung das Heil der Gesellschaft zu versprechen. Nun streiten sie bereits untereinander um die Gewinnanteile. Geld lockt und lässt vieles vergessen.

Sozialverträglichkeit, Umverteilung und Existenzsicherung gehören zu einer anderen Welt. Die Verführung wird perfekt: Lust und Spieltrieb ersetzen Gemeinschaftssinn und Solidarität. Und wer am meisten profitiert, will noch bestimmen, wer überhaupt von der Verteilung der Manna etwas haben darf. Politisches Wohlverhalten wird da erwartet, nach dem Motto: Wer zahlt, befiehlt.

Das Prinzip bleibt: Wenige Gewinner, viele, viele VerliererInnen. Wer leer ausgeht, hatte einfach Pech. Die soziale Sicherheit wird zum (Spiel-)Risiko. Und nun der Altraum: Wie lange geht es noch, bis die Leistungen der Krankenfürsorge nach dem gleichen Prinzip ausgerichtet werden? Für einige: Bingo!



Angeline Fankhauser, Präsidentin des Schweizerischen ArbeiterInnen-Hilfswerks SAH



antwortung, die sie für den Wiederaufbau in Bosnien-Herzegowina übernommen hat, eine gute Ausgangslage, einen solidarischen Beitrag zu einer Zivilisierung der Weltinnenpolitik zu leisten.

Die zwei vorliegenden Initiativprojekte verstehen sich als Entwürfe und Diskussionsgrundlage. Sie werden, in die juristisch richtige Form gegossen, in der nächsten GSoA-Zeitig publiziert und an der Vollversammlung diskutiert werden. Der Antrag der "Arbeitsgruppe GSoA-II" schlägt vor, diese Entwürfe in eine Vernehmlassung zu schicken, in der bis zum Herbst dieses Jahres GSoA-Mitglieder und andere Organisationen in die Erarbeitung definitiver Initiativprojekte einbezogen werden sollen. Mit einer möglichst breiten TrägerInnenschaft sollen dann im Herbst das gemeinsame Vorgehen und die gemeinsamen Vorlagen beschlossen werden. Die Arbeitsgruppe beantragt, danach von Herbst '96 bis Frühling 1997 Bereitschaftserklärungen zu sammeln, die das Zustandekommen der Initiativen absichern helfen. Erst die Vollversammlung vom Frühling 1997 würde dann – ausgehend von der GSoA-internen Bereitschaft und von der Breite der TrägerInnenschaft – die Lancierung beschliessen. Eingereicht werden könnten diese Initiativen damit bis zum Herbst 1998, rechtzeitig zum 150. Jahrestag des Schweizer Bundesstaates. Sie können helfen, eine Vision von Zukunft und eine neue Perspektive in das politische und gesellschaftliche Engagement einzubringen, die über die Krise und das infragegestellte Selbstverständnis des Schweizertums hinausweisen. Die Vorschläge versprechen, die Diskussion um die Reform der Schweizer Verfassung zu beleben und bringen damit etwas Wind in die eingeschlafene Auseinandersetzung, wer wie zu welchem Preis welche Sicherheit schaffen kann.

\* MOMA-Redaktor Roland Brunner ist Mitglied der "Arbeitsgruppe GSoA II" und war massgeblich an der Ausarbeitung der vorliegenden Initiativentwürfe beteiligt.

1) Siehe dazu den Beitrag von Hans Hartmann in MOMA 12-95/1-96 "Der umgekehrte Sonderfall der GSoA". Diese Aufarbeitung der GSoA-Argumentation wird in der nächsten Ausgabe von MOMA weitergeführt.